

Kongresspräsidentin. Die Spitze lag also im Bereich der Pflege. Sie machte in ihrer Eröffnungsrede klar, dass die Kosten im Personalbereich – also sowohl diejenigen der Fortbildung und Weiterbildung im pflegerischen und ärztlichen Bereich als auch die des Stellenmehrbedarfs nach dem EuGH-Urteil zur Arbeitszeit – in die Kalkulation der DRGs einfließen müssten. Zudem forderte sie, dass das neue System erst 2008 zur Geltung kommen dürfe.

Patentrecht contra Patentrecht

Doha/Katar (Iure). Der Konflikt beim Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) in Katar war vorprogrammiert: Während die Entwicklungsländer für die Aufweichung des Patentschutzes plädierten, stemmten sich viele andere Staaten gegen dieses Ansinnen. Dennoch wurde ein Kompromiss gefunden. Die Umsetzungsfrist von Regelungen zum Patentschutz (TRIPS) für Entwicklungsländer wurde bis 2016 verlängert, das Patentrecht insgesamt aber anerkannt.

„Staaten können nun den Zugang zu Medikamenten sicherstellen, ohne befürchten zu müssen, sie würden in einen Prozess verwickelt“, meinte dazu Ellen 't Hoen von Ärzten ohne Grenzen.

Kuhhandel auf gehobenem Niveau

Bonn (Iure). Wenn deutsche Gesundheitspolitik in diesen Tagen gestalterisch tätig wird, dann geht es zumeist nur ums Geld. Nur selten ist dies so offensichtlich wie beim Kuhhandel um die Pläne zur gesetzlichen Preisregulierung für festbetragsfreie verschreibungspflichtige Arzneimittel. Die wurden fallen gelassen, weil die im Verband Forschender Arzneimittelhersteller zusammengeschlossenen Unternehmen der GKV 400 Millionen Mark zur Konsolidierung der Finanzen zur Verfügung stellen wollen. Die Kassen zeigten sich davon unbeeindruckt: In 2001 sollen die gesetzlichen Krankenkassenbeiträge laut Bundesversicherungsamt um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte steigen.

Mehrstufiger Aktionsplan

Druck auf Politik und Arbeitgeber wird erhöht

Köln (ass). Mit überragender Mehrheit hatten die Delegierten der Marburger-Bund-Hauptversammlung Anfang November in Berlin für einen „Abrechnungstreik/Computerboykott“ gestimmt. „Das Maß ist endgültig voll, das lassen wir uns nicht länger gefallen“ –, darauf lässt sich die Stimmung in den Krankenhäusern zusammenfassen. Seit mehr als einem Jahr ist bei Politik und Arbeitgebern keinerlei Bewegung in Fragen der Arbeitszeitregelung nach dem EuGH-Urteil vom Oktober 2000 zu erkennen.

Auf der Hauptversammlung erging auch der Auftrag an die Tarifkommission, erste Schritte dazu zu überlegen. Das Gremium hat inzwischen getagt

und einen mehrstufigen Aktionsplan erarbeitet. Dieser Plan sieht in einem ersten Schritt vor, dass möglichst flächendeckend ab Dezember diesen Jahres Überlastungsanzeigen von Ärztinnen und Ärzten in den Personalstellen der Krankenhäuser eingereicht werden und gleichzeitig Überstundenanordnungen eingefordert werden, damit administrative Tätigkeiten doch noch erledigt werden können. Diese Mitteilungen können von Einzelnen unterschrieben werden, können aber unter Einzelnamensnennung auch von einer Abteilung eingereicht werden.

Auf Seite 11 dieser Ausgabe finden Sie entsprechende Formular-Vorschläge für diese Überlastungsanzeige bzw. für die Einforderung der Überstun-

denanordnung.

Es ist endgültig an der Zeit, dass Chefs und Nachgeordnete an einem Strang ziehen, um das gemeinsame Ziel besserer Arbeitsbedingungen zu erzielen. Es gibt auch gravierende juristische Gründe, warum gerade auch Chefärzte hier geschlossen mit ihren Nachgeordneten an einem Strang ziehen sollten. Auch dazu lesen Sie mehr auf Seite 11.

Die weiteren Stufen des Aktionsplanes werden Ihnen jeweils über „marburger bund“ und „Ärztliche Nachrichten“ rechtzeitig mitgeteilt.

Jetzt kommt es darauf an, dass alle an einem Strang ziehen, um gemeinsam bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen!

IN DIESER AUSGABE INFORMIEREN WIR SIE UNTER ANDEREM ÜBER:

Streikt ...

... der Verband der Politiker? Diese Frage stellt sich spätestens nach dem 2. Urteil zur Gültigkeit des EuGH-Urteils.

Seite 3

Katastrophe

Krankenhäuser sind für Notfälle schlecht gerüstet. Nach dem 11. September wird darüber heftig diskutiert.

Seite 4

Weihnachtsgeld ...

... ein fester „Bonbon“ zum Jahresabschluss – was dabei alles eine Rolle spielt, lesen Sie in „BAT kompakt“ auf

Seite 5

mb-Beschlüsse

In einem letzten Teil lesen Sie weitere Beschlüsse der 100. mb-Hauptversammlung in Berlin im Wortlaut.

Seite 12

Stellenmarkt

auf den

Seiten

16 bis 19

Zs.A
2975 X
ZB MED